

Vorlage der Regierung wird in der Luft zerfetzt

Pensionskasse «Wortbruch!», «Zurück an den Absender!», «Zutiefst enttäuscht!» – es hagelt Kritik, vor allem von rechts

VON STEFAN SCHUPPLI

Es war bereits am Dienstag abzusehen, dass die Vorlage zur Sanierung der Basler Pensionskasse, die die Regierung präsentierte, Wellen wirft. Die ersten Kommentare sind kritisch ausgefallen, und es sollte so bleiben. Bis gestern liessen sich zahlreiche Parteien und Institutionen vernehmen.

«Fast ausschliesslich Anliegen von linken Parteien und Gewerkschaften» seien übernommen worden, wertet die SVP. Und: «Damit ver-

zwischen Staat und Angestellten in Frage gestellt sei. Der Kanton würde «mehr als 700 Millionen Franken verschenken».

«Zutiefst enttäuscht» und «verärgert» ist der Arbeitgeberverband Basel. Die Vorlage folge fast ausschliesslich den Wünschen des Staatspersonals. Insbesondere soll zum dritten Mal der Wechsel zum Beitragsprimat umgangen werden, obwohl es sich keine Pensionskasse von vergleichbarer Grösse heute noch leiste, die Rentenzahlungen anhand des Lohnes

und nicht anhand der einbezahlten Beiträge festzusetzen. Anstatt die Kasse zu modernisieren, solle weiterhin unsolidarisch umverteilt werden. Von den jüngeren zu den älteren Versicherten und Rentnern und von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu den Staatsangestellten.

Die Liberal-Demokratische Partei findet den Vorschlag «mutlos» und kündigt Opposition an: Für sie ist der Primatwechsel «unabdingbare Voraussetzung, um einer Vorlage zur Totalrevision zuzustimmen.» Ein blos-

ses Anheben des Pensionsalters sei damit restlos ungenügend. «Das ist ein No-Go. Die Antwort kann nur heissen: Zurück an den Absender!», energiert sich Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein.

Personal droht mit Referendum

Kritik kommt aber auch von der linken Seite, etwa von der Arbeitsgemeinschaft der Baslerstädtischen Staatspersonalverbände (AGSt). Diese geisselt die Absenkung des technischen Zinssatzes, die mehr Kapital

nötig macht. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Rentenalters um zwei Jahre sei für die Angestellten im öffentlichen Dienst eine äusserst einschneidende Massnahme und führe insbesondere bei den zahlreichen Schichtdienstleistenden zu einer zusätzlichen gesundheitlichen Belastung. Der nun von der Regierung vorgeschlagene Kompromiss sei daher das Äusserste, wozu die AGSt Hand biete. Würde das Leistungsprimat fallen, würde die AGSt das Referendum ergreifen.



«Das ist ein No-Go!»

Patricia von Falkenstein, Präsidentin Liberal-Demokratische Partei

kommt die Vorlage zu einer eigentlichen VPOD-Vorlage.» Der VPOD ist der Verbands des Personals öffentlicher Dienste.

Die CVP stösst ins gleiche Horn. Die Finanzdirektorin Eva Herzog würde «aus lauter Rücksicht auf die masslosen Forderungen des VPOD» nicht den Mut für eine «echte Reform» aufbringen. Gar als Wortbruch der Regierung wertet die CVP, dass die bei den Sanierungen von 2008 und 2010 vereinbarte Lastenteilung

Der Pensionskassen-Vorschlag hat den Segen von Bern

Die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) beabsichtigt, von der annähernden Vollkapitalisierung zur **Teilkapitalisierung** zu wechseln (bz von gestern). Das hat für **Irritationen** gesorgt: Ist dieser Schritt überhaupt erlaubt? Kaspar Sutter, Generalsekretär des Finanzdepartements, sagte gegenüber der bz, dass die Oberaufsichtskommission des Berufsvorsorgegesetzes (OAK BVG) in Bern eine positive Antwort abgegeben habe. Das wurde gestern von der OAK gegenüber der bz **bestätigt**. Tatsächlich können Kassen mit Staatsgarantie **unter bestimmten Bedingungen**, zur Teilkapitalisierung wechseln. So müssen sie unter anderem gemäss dem revidierten BVG am Stichtag 31.12.2011 eine Unterdeckung ausgewiesen haben und sie müssen einen Finanzierungsplan vorweisen, der garantiert, dass die Kasse innerhalb von 40

Jahren nicht unter einen Deckungsgrad von 80 Prozent fällt (oder diesen erreicht, falls er darunter liegt). Der verlangte **Finanzierungsplan** sei für Basel-Stadt **nicht notwendig**, da der Deckungsgrad der PKBS voraussichtlich schon bei der Umstellung deutlich über 80 Prozent liegen werde, sagt Sutter. Gemäss dem am Dienstag vorgelegten Gesetzesentwurf wird just ein Zieldeckungsgrad von 80 Prozent angestrebt, sowie eine Wertschwankungsreserve von zehn Prozent. Der **Deckungsgrad** zeigt das Verhältnis des Vermögens der PK und ihren Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmern und Rentnern. So wären im Basler «Fall» nur 80 bzw. 90 Prozent gedeckt. Für die restlichen zehn Prozent muss der Kanton haften. Konkret handelt es sich um eine knappe Milliarde Franken, mit denen der Kanton im Risiko steht.

Dass der Betrag tatsächlich fällig würde, ist praktisch ausgeschlossen: Es werden nie alle gleichzeitig pensioniert. Das neue Basler PK-Gesetz und die Erfüllung der gesetzlichen Rahmenbedingungen werden, wenn es denn einmal steht, von den BVG-Behörden in Basel («Direktaufsicht») geprüft. Zur Erinnerung: Die Basellandschaftliche PK soll gemäss Sanierungsvorschlag keine Staatsgarantie mehr haben. Damit ist aber auch die Möglichkeit der Teilfinanzierung verbaut. Die weiteren Punkte des neuen PK-Vorschlages:

- Erhöhung des Rentenalters von 63 auf 65 Jahre.
- Die Senkung des technischen Zinssatzes von vier auf drei Prozent.
- Die früheren Sanierungsbeiträge der Arbeitnehmer fliessen in die PK-Reserve und nicht zum Kanton. (STS)



«Das ist das Äusserste!»

Marianne Meyer, Sekretärin der Arbeitsgemeinschaft der Staatspersonalverbände

Das Leistungsprimat bedeutet, dass die Rentenleistung garantiert wird, das Risiko des Anlagekapitals ist auf Seite der PK. Beim Beitragsprimat werden die bezahlten Beiträge zur Rentenberechnung zugezogen.

Pensionskassenexperte und Grossrat Rudolf Rechsteiner (SP) klingt geradezu gemässigt. «Es ist ein interessantes Paket. Die Beiträge werden nicht erhöht. Aber eines ist klar: Die Hauptlast tragen die Arbeitnehmer. Die Regierung kommt hier gut weg.»



In den Vogesen gibt es zum ersten Mal junge Wölfe – wie viele es sind, ist noch unklar.

ARCHIV

Kleine Jäger erobern die Vogesen

Nachwuchs Das Wolfspaar in den südlichen Vogesen hat erstmals Nachwuchs gekriegt. Fürchten muss man sich in Basel deswegen nicht.

JASMIN GRASSER

2011 kehrte der Wolf in die Vogesen zurück. Jetzt gibt es zum ersten Mal Jungtiere. Die Welpen wurden letzte Woche das erste Mal bemerkt, berichten die «Dernières Nouvelles d'Alsace» (DNA). Mit Lautsprechern wurden demnach die Vogesen mit Wolfsgelächter beschallt, die Welpen antworteten in einer deutlich höheren Tonlage als die erwachsenen Tiere. Bereits im letzten Sommer sei mit

derselben Methode ermittelt worden, dass ein Wolfspaar in der Gegend lebt; mit Jungen war zu rechnen. Wie viele Jungtiere es sind, lasse sich nicht genau sagen. Ein normaler Wurf hat vier bis sechs Welpen. Der kommende Winter wird für mehr Klarheit sorgen: Anhand der Spuren wird die Zahl der Wölfe ermittelt werden können.

Die Jungtiere leben wahrscheinlich im Münstertal bei Colmar, rund 64 Kilometer von Basel entfernt. Genaueres wollen die zuständigen französischen Behörden wegen Wilde-

ren nicht sagen. Die Schafzüchter reagieren laut DNA besorgt auf die Nachricht. Ein Züchter habe vom zuständigen Préfet die Erlaubnis erhalten, seine Tiere zu verteidigen, inklusive Schusswaffengebrauch. Dieser Entscheid sei unter den Schafzüchtern kontrovers aufgenommen worden.

Wolf in Basel

«Es ist jederzeit möglich, dass ein Wolf durch die Region Basel zieht», sagt Bruno Ris, Leiter Tierpark Lange Erlen. Das Revier eines Wolfes sei abhängig von verschiedenen Faktoren

wie der Beschaffenheit des Lebensraums und dem Nahrungsangebot. «Rudel bewohnen oft kleinere Gebiete als einzelne Tiere», sagt Ris. Generell sei der Wolf ein Wandertier, das weite Strecken zurücklegen könne und urbane Gebiete nicht meide, wenn das Nahrungsangebot stimmt. Das liege daran, dass sich das Tier in Europa wieder ausbreite: «Der Wolf hat heute eine grössere Lobby als noch vor 100 Jahren.» Damals sei er von der Bevölkerung als ein Tier angesehen worden, das ihren Besitz bedrohte, und deswegen vertrieben worden. «Andere Länder haben weniger verlernt, mit dem Wolf zu leben, als wir in der Schweiz», betont Ris. Angst müsse man vor dem Tier keine haben, sagt er, aber Respekt.

«Andere Länder haben weniger verlernt, mit dem Wolf zu leben, als wir in der Schweiz.»

Bruno Ris, Leiter Tierpark Lange Erlen

Nachrichten

Zollfreie Eröffnung in beide Fahrrichtungen

Die Zollfreistrasse zwischen Lörrach und Weil am Rhein wird am 4. Oktober provisorisch in Betrieb genommen. Entgegen den ursprünglichen Planungen werden gleich beide Fahrrichtungen freigegeben. Im Frühjahr 2014 werden dann die Arbeiten für den Kreisverkehr in Lörrach aufgenommen. Sie sollen im Frühjahr 2015 fertig sein. (BZ)

Brutschin Zweite Operation erfolgreich

Der im Frühjahr erfolgte operative Eingriff an Regierungsrat Christoph Brutschin brachte nicht das erwartete Ergebnis, weshalb sich der Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt gestern einer Nachoperation am Innenohr unterziehen musste, um den Infektionsherd zu entfernen. Der Eingriff verlief erfolgreich. Voraussichtlich wird Brutschin ab nächster Woche seine Arbeit wieder vollumfänglich aufnehmen können. (BZ)

Neues Hotel Baloise baut mit Mövenpick

Die Baloise-Group hat sich entschieden, die Planungen für ihr neues Fünf-Sterne-Hotel am Aeschengraben gemeinsam mit der Schweizer Hotelgruppe Mövenpick anzugehen. Die Vertragsunterzeichnung ist für Anfang 2014 vorgesehen, wenn alle Details geklärt sind. (BZ)

Swisslos-Fonds Zustupf für Baloise Session

Der Regierungsrat hat Zustüpfungen aus dem Swisslos-Fonds bewilligt für die Baloise Session 2013 (100 000 Franken), das Kantonslager 2014 von Jungwacht und Blaugring beider Basel (20 000 Franken) sowie den Men's Swiss Cup 2013 (13 500 Franken). (BZ)